

Mitwirkungsverfahren Ortsplanungsrevision

Nachfolgend die Stellungnahme der SP Neuenegg bezüglich der Ortsplanungsrevision.

Kritik am Prozess

Die SP Neuenegg stört sich an der bisherigen Durchführung der Ortsplanungsrevision. Wir haben den Eindruck, dass der Abschluss der Revision auf ein bestimmtes Datum hin (Behandlung der Vorlage an der Gemeindeversammlung Herbst 2006) im Zentrum gestanden hat. Die diesjährige Revision will man in kürzerer Zeit und mit einem geringeren finanziellen Aufwand über die Bühne bringen als alle vorangegangenen derartigen Projekte. Verzögerungen werden keine in Kauf genommen, auch wenn diese der Sache dienlich wäre. Selbstverständlich sind auch wir der Meinung, dass die Arbeiten zur Revision nur so lange wie nötig dauern sollten. Kritische Einwände dürfen dadurch aber nicht unter den Tisch gekehrt werden.

Da die Revision für zehn bis fünfzehn Jahre massgebend sein wird, ist eine wohlüberlegte und breit abgestützte Marschrichtung unerlässlich. Hierbei haben sachlich-fundierte Kriterien den Ausschlag zu geben und weder Parteipolitik, noch überschwänglicher "Ehrgeiz" und Zeitdruck. Die Erfahrung zeigt, dass überstürztes Handeln am Schluss niemandem etwas bringt.

Der Wunsch nach einer (berechtigten) Grundsatzdiskussion wurde bisher mit zwei Hinweisen abgewürgt: Entweder verwies man auf bereits im kleinen Rahmen entwickelte Zielsetzungen, oder man vertröstete die Votanten aus der Baukommission wie auch im Gemeinderat auf das Mitwirkungsverfahren. Dort, so die Aussage der "Ehrgeizigen", hätte dann jedermann die Möglichkeit, alle brennenden Fragen zu stellen und seine Sichtweise darzulegen. Ob 30 Tage aber bei einem solch komplexen Thema ausreichen, um die Parteien und Bevölkerung sich einarbeiten zu lassen und ihre Ideen einzubringen, ist mehr als fraglich. Unserer Meinung sind wegweisende Diskussionen unter den Fachleuten des Ausschusses zu führen und nicht von den Parteien selber, wo grundlegende Kursänderungen nicht mehr möglich sind.

Die der eigentlichen Ausschuss-Arbeit vorausgegangenen Entscheide und Absprachen ("Zielsetzungen") wiederum, auf die bei kritischen Fragen verwiesen wird, sind nicht transparent. Unbequemen Fragen kann mit Hinweis auf die Zielsetzungen leicht ausgewichen werden. Es ist der SP Neuenegg aber keine Niederschrift, noch deren Erläuterung, bekannt. Ja wir wissen nicht einmal, wer alles an der Ausarbeitung dieser teilgenommen hat und wann diese Gespräche stattgefunden haben!

Wir wünschen uns vom Gemeinderat deshalb, dass er Fachkommissionen künftig besser in seine Entscheidungsfindung involviert, sie mit ihrem Expertenwissen anhört und die Empfehlungen dann auch umsetzt. Dies gilt ausdrücklich über die Ortsplanungsrevision hinweg.

Unterlagen

Vorbildlicher Weise wurden die Unterlagen zum Mitwirkungsverfahren nicht nur als papierne Kopien, sondern auch in elektronischer Form über die Web-Site der Gemeinde zur Verfügung gestellt. Gestört hat umso mehr, dass die Dokumente, insbesondere das umfangreiche Baureglement sowie der Erläuterungsbericht, nicht ausgedruckt werden können. Der Verfasser hat die Dokumente mit einem Druck-Schutz konfiguriert. Die Dokumente konnten deshalb nur am Bildschirm betrachtet werden, was bei längeren Texten unvorteilhaft ist.

Bei Reglementsänderungen wäre es zudem nützlich, die alte und neue Version mit hervorgehobenen Änderungen gegenüberzustellen.

Weilerzonen

Erstaunt hat die Feststellung des an der Informationsveranstaltung anwesenden Ernst Mattenberger, dass ausnahmslos alle geplanten Weilerzonen die Anforderungen des Kantons nicht erfüllen. Noch überraschender kam für uns das Eingeständnis des Ortsplaners, dass er sich dessen bewusst sei und es kaum zu erwarten sei, dass alle Zonen vom Kanton gutgeheissen werden. Pokert man hier und "verweilert" einfach auf einen Schlag alle Häusergruppen, die sich nur ansatzweise für dieses planerische Mittel eignen?

Uns wäre es ein Anliegen, wenn die beteiligten Personen aufzeigen könnten, was der Gemeinde (nicht den Grundeigentümern!) die Schaffung solcher Weilerzonen konkret für Vorteile bringt im Vergleich zur jetzigen Situation. Die Grundeigentümer sind offensichtlich an einer Umzonung interessiert, da der Grundstückwert so um ein Vielfaches gesteigert werden kann und Mieter eine neue Einkommensquelle darstellen.

Wir fordern eine gemässigte "Verweilerung", und zwar dort, wo dies auch Sinn macht und der Idee hinter "Weilerzonen" entspricht. Es darf nicht vergessen werden, dass bereits in der heutigen Situation genügend Möglichkeiten bestehen, Bauvolumen moderat aus- oder umzubauen.

Wir möchten zudem vor der Illusion warnen, dass die neu zu schaffenden Weilerzonen den Strukturwandel in unseren Randregionen aufhalten könnten. Sie sorgen höchstens dafür, dass die nötigen Fragen etwas später gestellt werden müssen, das Problem also künstlich vor sich hergeschoben wird.

Wird in Weilerzonen durch Umbau eines Gebäudes neuer Wohnraum geschaffen, muss der Gemeinde ein Teil des so generierten Mehrwerts zufließen. Wir fordern die Verantwortlichen auf, einen Vorschlag auszuarbeiten, wie der so anfallende Gewinn des Grundeigentümers (einmalig) besteuert werden kann. Diese Besteuerung hat für alle Eigentümer nach einem transparenten Verfahren zu erfolgen. Identische Mehrwertsteigerungen sind gleich zu besteuern.

Planungsausgleich

Grösster Kritikpunkt ist das Fehlen einer klaren und für alle verbindlichen Regelung bezüglich der Abgeltung von Planungsvorteilen ("Planungsausgleich"). Wird bei Umzonungen neuer Wohnraum geschaffen, haben die Grundstücksbesitzer zwingend einen Beitrag zum Ausgleich des ihm entstehenden Vorteils zu entrichten.

Mit diesem Betrag wird sichergestellt, dass die Gemeinde die teure Erschliessung neuer Wohngebiete mit Elektrizität, Brauch-, Trink-, Lösch- und Abwasser sowie Strassen nicht alleine tragen muss. In der zunehmend angespannten Finanzlage unserer Gemeinde wäre ein solcher Blankoscheck bezüglich der Erschliessung von Seiten der Exekutive unverständlich und unverantwortbar! Anzustreben ist eine für die Gemeinde kostenneutrale Lösung – der Eigentümer kommt für die Erschliessung selber auf. Wir erachten es nicht als Aufgabe des Steuerzahlers, neu geschaffenen Wohnraum abseits des Zentrums zu finanzieren.

Ausserdem soll nur dort eine Umzonung stattfinden, wo Eigentümer innert nützlicher Frist auch **tatsächlich** Wohnraum schaffen/errichten wollen. Es soll in unserer Gemeinde nicht auf Vorrat Land eingezont werden, das auch noch nach zehn oder mehr Jahren unbebaut ist. Die Gemeinde

Konolfingen verfolgt in dieser Frage einen praktikablen Ansatz: Grundeigentümer schliessen mit der Gemeinde Verträge ab und verpflichten sich zur gestaffelten Zahlung des Planungsausgleiches. Ein Drittel der Summe ist gleich bei Inkrafttreten der Planung zu entrichten, ein Drittel nach Gültigkeit der Baubewilligung, spätestens aber nach 5 Jahren, und das letzte Drittel nach Baubeginn, spätestens aber nach 10 Jahren. Bei Landverkauf wird die Mehrwertabgabe sofort fällig.¹ Da die Einzonung so für den Eigentümer nicht mehr kostenlos ist, wecken wir sein Interesse, die Schaffung des Wohnraumes zügig in Angriff zu nehmen.

Wichtig: Kommt der Vertrag nicht zu Stande, wird auch nicht umgezont.

Wir erwarten aber keine Gummiparagraphen, die je nach Klientel anders ausgelegt werden können. Jedermann soll gleich behandelt werden. Dem Volk soll eine Regelung vorgelegt werden, die klar und genau festhält, wie der Planungsausgleich ausgestaltet werden soll. Der Planungsausgleich darf auf keinen Fall – wie vereinzelt angedeutet – erst nach einem Volksentscheid präzisiert werden.

Konkret schlägt die SP Neuenegg vor: Der Planungsausgleich ist als ein relativer Betrag aus der Differenz zwischen ursprünglichem und neuem Wert des Grundeigentums zu erheben. Der Prozentsatz soll 30% der Wertsteigerung betragen. Dieser Prozentsatz **gilt für alle** und ist **nicht** verhandelbar.

Da die Vorverträge zwingend vor der Umzonung geschlossen werden müssen, ist der Gemeinderat dazu angehalten, alles zu unternehmen, die Revision nicht vor Abschluss aller nötigen Verträge in Kraft treten zu lassen. Solche (in Neuenegg früher bereits vorgefallene Unterlassungen) dürfen sich nicht wiederholen!

Wachstumsfragen

Die Revision zeigt klar: Die für die Ortsplanung Verantwortlichen möchten Neuenegg bevölkerungsmässig weiter wachsen lassen. Es konnte bisher aber gar nie klar dargelegt werden, wieso die Gemeinde Neuenegg bezüglich der Bevölkerungszahl (nicht bezüglich der Wohnfläche, wohlbermerkt) wachsen **muss**. Welchen direkten und messbaren Nutzen generiert der Zuzug neuer Personen für die Gemeinde?

Wachstum um jeden Preis?

Eng damit verbunden ist die Kostenfrage. Welchen finanziellen Aufwand verursachen Zuzüger für die Gemeinde? Niemand scheint sich darüber den Kopf zerbrochen zu haben – dabei hätte die Veröffentlichung einer sauberen Berechnung des Kosten-/Nutzenverhältnis alle unsere Bedenken zerstreut. Selbstverständlich erwarten wir keine Zahlen, die auf den Rappen genau stimmen. Es wäre aber von grossem Vorteil, wenn wir ein solides Zahlenwerk hätten, das uns aufzeigen würde, welchen Effekt der Bevölkerungszuwachs auf die Gemeindefinanzen hat. Man müsste hierbei nicht nur das wünschenswerte Szenario berechnen, sondern ebenso den Worst-Case aufzeigen. Nur mittels solchen soliden Informationen ist es dem Stimmvolk möglich, die Revision gutzuheissen oder nicht.

In der jetzt unklaren Situation aber muss man sich fragen, ob das Einwohnerwachstum abgesehen von den Grundeigentümern überhaupt jemandem nützt. Wächst die Gemeinde zu schnell, müssen

¹ Gemäss "Richtlinien des Gemeinderates [Konolfingen] zur Abgeltung des Planungsausgleichs", <http://konolfingen.isolutions.ch/Portals/1/Dokumente/Gemeindeerlaesse/0411-richtlinien-planungsausgleich.pdf>

enorme Summen in den Infrastrukturausbau gesteckt werden, um alle Einwohner angemessen versorgen zu können (Wasser/Abwasser, Strassen, ÖV, Schulen, Schulbusse, Energiebedarf).

Unsere Fragen deshalb: Strebt man eine Plafonierung des Wachstums an? Welche Bevölkerungszahl verträgt die bestehende Infrastruktur überhaupt? Was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen, wenn der selbst gesetzte Maximalwert an Einwohnern überschritten wird? Werden Bauprojekte weitergeführt, auch wenn das gewünschte Wachstum vorzeitig und auf geringerer Baufläche erreicht wird?

Untersuchungen zeigen, dass der Steuerfuss einer Gemeinde kaum als ausschlaggebendes Kriterium für den Wohnortwahl gilt. Wollen die Verantwortlichen neue Einwohner anlocken, müssen auch andere, weniger gut messbare Faktoren beachtet werden. Dazu gehören die Qualität der Schulen, Blockzeiten, Kindertagesstätten, aber auch Kulturelles, Öffentlicher Verkehr und die (Verkehrs-)Sicherheit. Wie sehen die Bestrebungen der Gemeinde auf diesem Gebiet aus? Wir befürchten, dass solche Dinge bisher komplett von der Betrachtung ausgeschlossen waren.

"Ansässiges Gewerbe unterstützen"

In Neuenegg ansässige kleine- und mittlere Gewerbebetriebe, die seit Jahren ordentliche Steuern bezahlen, sind nach aller Möglichkeit zu unterstützen. Die Ansiedlung von grösseren Unternehmen mit Steuerermässigungen über Jahre hinweg stellen wir in stark Frage: Wie soll die Bevorteilung der "Neuankömmlingen" den seit langem in Neuenegg ansässigen Unternehmungen erklärt werden, die ohne solche Anreize diesen Standort gewählt haben?

Fakt ist: Die Betriebe Stoppani und Wander bringen zwar Arbeitsplätze ins Dorf, doch von den Angestellten selbst lebt kaum jemand in Neuenegg. Die Einkommenssteuern entrichten die Arbeiter folglich in anderen Gemeinden, während die Unternehmen selbst kaum nennenswerte Summen an die Gemeindekasse abliefern.

Zukunft der Aussengebiete ...

Für die SP Neuenegg ist klar: Unsere Randgebiete haben eine berechnete, historisch gewachsene Bedeutung, sollen aber in Zukunft nicht weiter ausgebaut werden, um sie künstlich am Leben zu erhalten. Die Gebiete Landstuhl, Bramberg und Süri sollen auf keinen Fall vergrössert, sondern wenn möglich in der jetzigen Form weiterbestehen oder längerfristig natürlich schrumpfen. Die Gemeinde soll sich primär in ihrem Zentrum weiterentwickeln, eine weitere Versplitterung ist ökonomisch und ökologisch untragbar.

Die Gemeinde Neuenegg ist eine Agglomerationsgemeinde, deren Einwohner mehrheitlich in der Stadt Bern tätig sind. Eine gute Verkehrsanbindung an den Öffentlichen Verkehr und Autobahn liegt hierbei im Vordergrund. Mit den gleichen Mitteln lässt sich auf diesem Gebiet mehr erreichen, als wenn zuerst Aussenregionen und Dorfkern miteinander erschlossen werden müssen.

Neuer Wohnraum ist folglich im Dorf selber zu schaffen, begleitet von einer verdichteten Bauweise.

... insbesondere Bramberg

Wir stellen den massiven Ausbau der Siedlung auf dem Bramberg in Frage. Eignet sich der Ort wirklich, um weitere Zuzüger anzusiedeln? Schliesslich liegt die Bauzone weit ab vom Dorfkern und kommt mitten in hauptsächlich landwirtschaftlich genutztem Gebiet zu stehen. Welchen Typ Bewohner wünscht sich Gemeinde auf dem Bramberg? Wie entwickelt sich das Quartier in den

nächsten zehn bis zwanzig Jahren weiter, wenn die zugezogenen Kinder die obligatorische Schulzeit abgeschlossen haben? Sind solche Siedlungen in der Peripherie wirklich das angestrebte Wachstums-Szenario für unsere Gemeinde?

Die Siedlung auf dem Bramberg ist ein Fehlprodukt der letzten Ortsplanung und soll nun nicht erneut verschlimmbessert werden. Wir warnen vor faulen Kompromissen: Entweder baut man die Siedlung gegen die Vernunft nun komplett aus, oder lässt es lieber gleich ganz bleiben. Im Zweifelsfall sollte die Gemeinde auf den Ausbau verzichten. So erspart man der nachfolgenden Generation eine schwere Hypothek.

Aussenschulhäuser

Auch dieses heikle Thema scheinen weder Kommissionen noch Gemeinderat angepackt zu haben, wohl, um sich die Finger nicht zu verbrennen. Wir erwarten von der Exekutive aber nicht nur die Fähigkeit zur kurzfristigen Planung. Er muss über seine Legislatur hinausschauen und ist der längerfristigen Entwicklung der Gemeinde verpflichtet. Sonst stehen wir immer wieder vor Hauruck-Übungen wie die kostenintensive Umnutzung der Dorf-Turnhalle, die in weiten Kreisen der Bevölkerung für ungläubiges Staunen sorgte. Hätte man das Ansteigen der Schülerzahlen nicht frühzeitiger erkennen können?

Ein gegenteiliges Szenario entwickelt sich zur Zeit in den Aussenschulhäusern. Der Gemeinderat sollte aufzeigen, wie er die Zukunft dieser Schulen sieht. Insbesondere sollte dargelegt werden, wie die Schulhäuser Landstuhl, Bramberg und Süri mit schrumpfenden Klassengrößen weiterhin effizient betrieben werden können, ohne dass dafür unverhältnismässig viele Mittel aufgewendet werden müssen. Diese fehlen nämlich dann den Schulen im Dorf, deren Qualität für die ansässigen Familien wie auch Neuzuzüger ausschlaggebend sind.

Es wäre töricht, den Strukturwandel mit Ansiedlung junger Familien aufhalten und die Schulhäuser über lange Zeit künstlich am Leben erhalten zu wollen! Lieber soll das Geld für eine proaktive, zukunftsgerichtete Lösung eingesetzt werden. Jetzt verfügt die Gemeinde noch (knapp) über den finanziellen und zeitlichen Spielraum, um die Entwicklung zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Begegnungszonen

Mit Erstaunen stellen wir fest, dass über Begegnungszonen nirgends ein Wort verloren wird. Es bleibt offen, ob die Schaffung solcher Zonen in den Beratungen gar nicht erst in Erwägung gezogen wurde, oder aber ob sich keine Strassen resp. Quartiere in Neuenegg gefunden haben, die in solche Zonen hätten umgewandelt werden können. Wir vermuten Ersteres und möchten die Verantwortlichen bitten, dieses Thema in der Planungsorganisation gründlich und ohne Zeitdruck zur Sprache zu bringen.

Als Begegnungszonen eignet sich aus unserer Sicht bspw. die neu zu bebauende Wassermatt.

Velostreifen Thörishaus

Der Schulweg von Thörishaus zur Oberstufe Neuenegg ist immer noch nicht durchgehend mit einem Radstreifen versehen: Im Dorfkern Thörishaus fehlt dieser gänzlich, obwohl ein solcher Streifen gerade an dieser Stelle viel zur Sicherheit der Velofahrer beitragen würde. Dieses Vorhaben ist nachträglich in den Verkehrsrichtplan aufzunehmen.

Wird die Überbauung auf dem Areal Herren bei der Ausfahrt Thörishaus Dorf realisiert, muss der dort bisher fehlende Velostreifen realisiert werden. Es können nicht immer mehr Einwohner angezogen werden, die eine Zunahme des Pendler-Verkehrs generieren, ohne dass im Gegenzug die Si-

cherheit der Verkehrswege für die schwächeren Verkehrsteilnehmer verbessert wird (Velostreifen wie auch Trottoirs an den Hauptverkehrsachsen).

Nachhaltige Energie-Nutzung

Die SP Neuenegg begrüsst Artikel 21 (Stand: Mitwirkungsverfahren) des neuen Baureglements. Die Regelungen gehen aber noch zu wenig weit, da es sich dabei nur um "kann"-Formulierungen handelt. Insbesondere bei den "grösseren Bauvorhaben" (Abschnitt 2) sollte der Gemeinderat die Ausarbeitung eines Energiekonzeptes **zwingend** verlangen.

Von anderen bernischen Gemeinden sollte zudem das dort mit Erfolg praktizierte Bonus-System übernommen werden, das Anreize zur nachhaltigen Energie-Nutzung schafft.

Erstellt die Gemeinde neue Liegenschaften oder müssen bestehende Liegenschaften in Gemeindebesitz renoviert werden, wird der Minergie-Standard umgesetzt. Die Gemeinde trägt aktiv dazu bei, dass grössere Bauvorhaben Dritter die Minergie-Bauweise evaluiert wird.

Auch möchten wir den Passus "wirtschaftlich vertretbar" in Abschnitt 3 genauer auslegen:

"Wo es technisch und wirtschaftlich vertretbar ist, können zentrale Wärmeversorgungsanlagen und die Verwendung oder der Anschluss bestimmter Energiearten vorgeschrieben werden."

Die Wirtschaftlichkeit sollte explizit nicht nur am finanziellen Aufwand, sondern gleichwertig auch an der Höhe der Umweltbelastung gemessen werden.

(Zwischen-)Bilanz ziehen

Die letzte Ortsplanung strotzte zwar vor ansprechend tönenden Vorhaben, deren effektive Umsetzung wurde aber in der Folge bis zum heutigen Tag gar nicht evaluiert. So ist man meilenweit von der damals gewünschten Zahl an Neuzuzügern (+750 Pers. / Total 5000 Einwohner) und Arbeitnehmern (+600 Arbeitsplätze / Total 2200 Stellen) entfernt (tatsächlich erreicht: 4620 EW / 1400 AP). Es hat unserer Meinung nach keinen Sinn, viel Geld auszugeben und Unmengen Papier zu generieren, ohne das Versprochene dann einzuhalten.

Für die vorliegende Revision fordern wir eine Lagebeurteilung in der Halbzeit (oder regelmässiger). Erkennt man Verzug in der Umsetzung, muss der Gemeinderat entsprechende Massnahmen ergreifen, um die Ziele doch noch zu erreichen.

Zu Beginn einer jeder Legislatur muss eine administrative Übergabe der Ortsplanung stattfinden, damit die Ziele und Vorhaben im Hinterkopf der neuen Exekutive bleiben.

Gärtchendenken

Wir möchten anregen, dass die Gemeinde in Planungsfragen vermehrt mit den Nachbargemeinden in Kontakt tritt, um Vorhaben zu besprechen, die Auswirkungen auf die ganze Region haben. Als brennendstes Problem ist das stetig zunehmende Verkehrsaufkommen zu nennen. Gerade in diesem Bereich hat es sich als fatal erwiesen, dass jede Gemeinde für sich geschaut und Überlegungen an der Gemeindegrenze "aufgehört" haben.

Wie wir erfahren mussten, haben zwischen Mühleberg und Neuenegg keine tiefgehenden Gespräche stattgefunden. Wir befürchten, dass auch zu den anderen Nachbargemeinden keine vertiefende

Kontakte geknüpft wurden. Köniz und Flamatt wären Nachbarn, die in solche Prozesse nutzbringend miteinbezogen werden sollten. In der heutigen Zeit ist der Kontakt mit Nachbarn und die Vertiefung freundschaftlicher Beziehungen nicht mehr optional, sondern Pflicht. Gemeinden sollten mit Blick auf das Wohl der Region und der Gesamtheit der Einwohner handeln, was auch einmal die Selbsteinschränkung und das Zurückstehen in gewissen Bereichen bedeuten kann.

Geschützte Bäume

Mit Bedenken haben wir die Aussage des Ortsplaners aufgenommen, dass der Schutz von freistehenden Bäumen gelockert werden soll. Soweit es uns in Erinnerung ist, hat die Gemeinde bei der letzten Ortsplanungsrevision einen grossen Aufwand betrieben, diese Bäume zu erfassen. Dass den Bäumen der Schutz je nach Interesse der Anstösser entzogen werden kann, ist alarmierend und widerspricht unserer Meinung nach der im Erläuterungsbericht genannten Zielsetzung "Die Gemeinde ist sich der Bedeutung des intakten Naherholungsgebietes bewusst und trägt zum Orts- und Landschaftsbild Sorge". Gerade solche Bäume gehören auch zum Landschaftsbild. Wir fordern deshalb eine klare Erläuterung, wann der Schutz aus welchen triftigen Gründen aufgehoben werden kann. Der Gemeinderat darf dies nicht willkürlich entscheiden.

Der Richtplan enthält die betreffenden Bäume zwar erfreulicherweise, ist aber auf Grund seiner Natur nicht bindend. Die Bäume müssen deshalb auch in den Zonenplan Landschaft aufgenommen werden, der verbindlich ist.

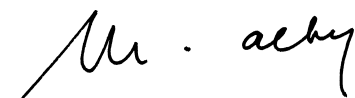
Positives

Neben all den von uns kritisierten Punkten darf Lob trotzdem nicht fehlen: Die SP Neuenegg freut sich, dass positive Aspekte der letzten Ortsplanung unverändert übernommen wurden. Wir rechnen es dem Ausschuss hoch an, dass beispielsweise die Regelung bezüglich einem Überbauungsverbot der Hügelkante unangetastet belassen wurde.

Sympathisch ist uns auch die Beibehaltung der sog. "ökologische Vernetzung". Nur durch die Schaffung von Korridoren aus Bäumen und Büschen zur Vernetzung verschiedener Gebiete können sich Tiere über weite Teile des Gemeindegebiets fortbewegen.



Karl Friedli



Mario Aeby